

Mitten in der Stadt – Mitten in Europa

Politische Erwachsenenbildung als öffentliches Forum

Stefanie Hajak, Susanne May

Zusammenfassung:

An ausgewählten Beispielen aus der Politischen Bildungsarbeit der Münchner Volkshochschule diskutiert der Beitrag die Frage, inwieweit sich die Volkshochschule als eine öffentliche Einrichtung profilieren lässt, die formal und material ein relevanter Teil der kommunalen Öffentlichkeit ist und diese mit gestaltet. Im Anschluss an Horst Siebert wird vorgeschlagen, Erwachsenenbildung nicht allein als eine öffentliche Aufgabe, sondern als Forum und Kommunikationsform der kommunalen Öffentlichkeit zu begreifen.

Der Raum des Öffentlichen und der Raum des Politischen

Politische Öffentlichkeit ist nicht einfach da. Sie ist immer und nicht zuletzt kommunikativ erzeugte, kommunikativ hergestellte Öffentlichkeit. Diesen Sachverhalt gilt es im Blick zu behalten, wenn man Überlegungen über die Rolle, die Bedeutung und die Funktion der politischen Erwachsenenbildung als einem öffentlichen Forum formuliert. Politische Erwachsenenbildung ist selbst als eine Teilöffentlichkeit jenes politischen Raumes zu begreifen und zu interpretieren, der sich in liberalen Gesellschaften im Konzert unterschiedlichster Teilöffentlichkeiten bildet. Eben dieses hatte Horst Siebert im Blick, als er vor einigen Jahren vorschlug, die Erwachsenenbildung nicht allein als eine öffentliche Aufgabe, sondern als eine Kommunikationsform von Öffentlichkeit zu definieren. „Erwachsenenbildung ist ein öffentliches Forum – wie es früher der Marktplatz oder der Park waren –, wo gesellschaftlich bedeutsame Themen kontrovers diskutiert werden können, wo auch ungewöhnliche oder unbequeme Ansichten zur Sprache kommen. Die öffentliche Erwachsenenbildung ist gerade zur Behandlung strittiger Themen und Positionen verpflichtet.“ (Siebert, 1988, S. 22)

Während Siebert Anlass zu der Befürchtung hatte, zwischen Qualifizierungsoffensiven und Psychoboom gehe der Diskurs über öffentliche Themen verloren, wollen die folgenden Überlegungen versuchen, an einigen exemplarischen Beispielen der Politischen Bildung der Münchner Volkshochschule die institutionelle Rolle der

Volkshochschule als einem öffentlichen Forum näher zu bestimmen. Dabei soll gezeigt werden, dass die Volkshochschule eine öffentliche Einrichtung ist, die sich material durch ihre Programmarbeit sowie formal über den weitestgehend freien Zugang als ein relevanter Teil der kommunalen politisch-kulturellen Öffentlichkeit begreifen lässt.

Mitten in der Stadt

„Politische Bürger (Staatsbürger) müssen die Gesichtspunkte verschiedener sozialer Sphären und ihrer Rationalitäten zusammenbringen. In solchen Gesichtspunkten verdichtet sich die Zumutung, politische Entscheidungen unter vielfältigen Aspekten zu prüfen und in Ansehung der Frage zu billigen: Was ist gut oder besser für alle Mitglieder des Gemeinwesens zusammengenommen? Von politischen Bürgern wird erwartet, dass sie eine Gemeinwohlperspektive einnehmen und mehrdimensional optimieren, statt eindimensional zu maximieren. Die bürgerschaftliche Loyalität ist die Bereitschaft, dieser Erwartung gerecht zu werden und sich am Streit über öffentliche Güter und Übel zu beteiligen.“ (Wingert, 2010, S. 43)

In Lutz Wingerts Verständnis von Öffentlichkeit klingt das Ideal der Polisdemokratie antiker Stadtstaaten an. Voraussetzung dieses Modells war die Homogenität derjenigen Gruppe, die überhaupt zur öffentlichen Debatte zugelassen wurde. Davon ausgeschlossen waren bekanntermaßen die Frauen und die Sklaven. Auch wenn an dieses Ideal unter den Voraussetzungen moderner Demokratien nicht unmittelbar angeschlossen werden kann und soll, so beinhaltet die Erinnerung daran doch einen auch heute noch relevanten normativen Anspruch: Auf dem Marktplatz, in der Agora, kamen die Bürger zusammen, um Informationen auszutauschen, Streit zu schlichten und über ihre öffentlichen Angelegenheiten zu debattieren und zu entscheiden. Gerade dieses qualifizierte diese Form politischer Öffentlichkeit in besonderer Weise: die Beteiligung an der öffentlichen Debatte über öffentliche Güter. Es ging mithin um mehr, als um die bloße Thematisierung individueller und partikularer Interessen. Es wurde beansprucht, dass das „Mehr“ des Gemeinwohls zur Sprache kommen sollte.

Richard Sennett hat dieses Verständnis von politischer Öffentlichkeit eine „Schule des Handelns“ genannt. Er plädiert dafür, insbesondere urbane Öffentlichkeiten wiederzubeleben und sie als öffentliche Orte politischen Handelns neu zu entdecken. „In dem Maße, wie die Menschen lernen können, ihre Interessen in der Gesellschaft entschlossen und offensiv zu verfolgen, lernen sie auch, öffentlich zu handeln. Die Stadt sollte eine solche Schule des Handelns sein, das Forum, auf dem es sinnvoll wird, anderen Menschen zu begegnen, ohne dass gleich der zwanghafte Wunsch hinzutrate, sie als Personen kennenzulernen. (...) Über weite Strecken der Geschichte unserer Zivilisation war die Stadt Brennpunkt eines aktiven gesellschaftlichen Lebens, Austragungsort von Interessenkonflikt und -ausgleich und Schauplatz der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten.“ (Sennett, 2004, S. 427 f.)

An diese Gedanken hat die Münchner Volkshochschule angeknüpft und 2008 das Programmformat der „Stadtgespräche“ ins Leben gerufen. In lockerer Folge ver-

sammeln sich Expertinnen und Experten am Podium, um miteinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und über öffentliche Güter und öffentliche Übel zu debattieren. Das Themenspektrum reicht von sozialen Fragen („Früh am Ende? Braucht München ein neues Konzept gegen Jugendgewalt?“), über Verkehrspolitik („Bürgerschreck S-Bahnbau – zweiter Tunnel oder Südring“), Stadtentwicklung („Schöner, neuer, teurer – Rama dama in Münchens Glasscherbenvierteln“) bis zu Fragen des städtischen Haushalts („... und die Kommunen zahlen? Auswirkungen der Krise auf die städtischen Finanzen“), ausgewählten Wirtschaftsthemen („Redaktionsschluss? Print-Medien in der Krise“) und natürlich bis zu die Stadt beherrschenden Zukunftsfragen („Schaulauf für Olympia – Warum will München die Spiele?“). Mit den Stadtgesprächen will die Münchner Volkshochschule ein öffentliches Forum zur Verfügung zu stellen, auf dem stadtpolitische Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft sich den Fragen und Einwänden der Stadtgesellschaft stellen und sie will Öffentlichkeit für öffentlich relevante Themen herstellen.

Bei der inhaltlichen Aufbereitung der Themen sowie der Auswahl der Podiumsteilnehmer orientieren wir uns an sachlichen Gesichtspunkten und ausdrücklich nicht an der Stärke von politischen Fraktionen. Wir wenden uns bewusst auch solchen Themen zu, die in den medialen Öffentlichkeiten nur schwach oder gar nicht vorkommen. Die Öffentlichkeit, die die Volkshochschule schafft, ist eben nicht diejenige des runden Tisches. Vielmehr bemühen wir uns, einen Kommunikationsraum zu schaffen, in dem auch nicht etablierte Positionen und singuläre Meinungen Gehör finden. Exemplarisch steht hierfür das Stadtgespräch „Die Kirche im Dorf lassen? – Religion in der urbanen Stadt“, zu dem neben den Vertretern der Religionsgemeinschaften u. a. auch eine Vertreterin des Freidenkerverbandes geladen war. Gerade wenn die Volkshochschule als ein öffentliches Forum auch nicht etablierte Tendenzen wichtiger nimmt, als sie oftmals in den etablierten Öffentlichkeiten der Politik wahrgenommen werden, muss sie sich gelegentlich dem Vorwurf aussetzen, man schenke einseitigen Meinungen zu viel Aufmerksamkeit. Eine an der Klärung der Sache orientierte Debatte ist oftmals nicht nur zwangsläufig unausgewogen – sie kann und will vielmehr auch zeigen, dass das Konzept der „Ausgewogenheit“ oftmals zu einem Korsett gedanklicher Unbeweglichkeit geworden ist. Oder wie es ein Teilnehmer der Diskussion über Münchens Weg zur Velocity formulierte: „Man muss auch mal den Mut aufbringen und Konflikte ausfechten.“

Es ist der Volkshochschule gelungen, mit den Stadtgesprächen ein Forum zu etablieren, das unterschiedlichste kommunale Teilöffentlichkeiten erreicht, und das seinerseits in die kommunale und auch mediale Öffentlichkeit zurückstrahlt. Neben den von einzelnen Projekten wie Straßen- oder S-Bahnbau persönlich Betroffenen werden die Stadtgespräche vor allem von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern frequentiert, die auch in anderen Kontexten bereit sind, sich über ihre individuellen Interessen hinaus für das Gemeinwohl zu engagieren. Beispielhaft genannt seien die ehrenamtlichen Akteure von Initiativen wie Greencity und den Urbanauten wie auch die Mitglieder der örtlichen Bezirksausschüsse und des Stadtrates. Zu den regelmäßigen Teilnehmern der Stadtgespräche zählen daneben auch Personen, die professionell

mit Einzelthemen wie Altenpflege oder Jugendgewalt befasst sind, darunter auch Vertreter städtischer Referate. Bemerkenswert ist weiterhin, mit welcher Kontinuität die örtlichen Printmedien und Radiosender die Stadtgespräche begleiten. Die meisten der bisher mehr als zwanzig Stadtgespräche wurden sowohl detailliert vor angekündigt, als auch von Medienvertretern besucht, die ihrerseits die Gelegenheit nutzen, Vertreter unterschiedlicher Positionen kennenzulernen.

Mitten in Europa

Europa beginnt vor Ort. Für das Montagsforum der Münchner Volkshochschule trifft dieser Satz in mehrfacher Hinsicht zu. Gegründet im Jahr 2003 als „Montagsforum München und der Nationalsozialismus“ auf dem Höhepunkt der innerstädtischen Debatte über die Frage, ob München so viele Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ ein NS-Dokumentationszentrum bräuchte und wie ein zeitgemäßes Konzept eines solchen Zentrums aussehen könnte, entwickelte sich das Montagsforum sehr rasch zu einem verlässlichen Ort der Wissensvermittlung und öffentlichen Debatte. Das Konzept des Montagsforums ging von der Frage aus, welche Bedeutung der Nationalsozialismus für München und welche Bedeutung die Stadt für den Nationalsozialismus hatte. Jedes Semester war einem übergeordneten Themenschwerpunkt gewidmet (Herrschaft, Verfolgung, Widerstand, Sozialpolitik), jedes Semester wurde mit einem einführenden Überblicksvortrag eröffnet, an den sich Vorträge über Einzelthemen, Filmvorführungen, Zeitzeugengespräche und Podiumsdiskussionen anschlossen; alle eingeladenen Referentinnen und Referenten hatten über ihr Thema eigene Forschungen angestellt. Hinzu kamen Formalia wie die Kontinuität von Veranstaltungszeit und -ort sowie leicht wieder erkennbare Werbung. Alles zusammen führte dazu, dass sich das Montagsforum von Beginn an einer beachtlichen Resonanz erfreute: Über den Zeitraum von beinahe fünf Jahren versammelten sich einmal im Monat mehr als hundert Teilnehmende.

Die Münchner Volkshochschule schuf mit diesem Programmangebot ein öffentliches Forum, das sowohl von interessierten Laien wie von Fachpublikum, von Schülerinnen und Schülern wie von Zeitzeugen des Nationalsozialismus aufgesucht wurde. Anknüpfungspunkte des Teilnehmerinteresses waren die oben skizzierte öffentliche Debatte, die Gelegenheit, fundiertes Wissen zu erwerben, und selbstverständlich die inhaltliche Klammer: München und der Nationalsozialismus.

Wo aber bleibt Europa? – „Eine wahrhaft europäische Erzählung wird es erst geben, wenn sich so etwas wie ein europäischer Erfahrungshorizont herausgebildet hat, also in nicht absehbarer Zukunft. Das Optimum derzeit wäre nicht eine synthetische, wohl auch nur krampfhaft erzählbare gemeinsame Geschichte, sondern der Versuch, die verschiedenen Erzählungen zu Gehör zu bringen. Das ist schwer genug, fast unmöglich, denn es wäre eine Erzählung von Verletzungen und Kränkungen. Eine Geschichte der Zumutungen, eine Polyphonie der Geschichten, streckenweise dissonant und kakophon. Wenn die Europäer es aushielten, sich diese ihre Geschichten anzuhören – so wäre das mehr, als man derzeit erwarten kann. Dringlich ist also nicht eine gemeinsame Geschichte, sondern dass der Raum, in dem die konkurrierenden Inter-

pretationen und nationalen Narrative zu Gehör gebracht werden, nicht gefährdet wird.“ (Schlögel, 2008, o. S.)

Einen Raum bereitstellen, an dem die unterschiedlichen nationalen Narrative zu Gehör gebracht werden können. Dieses ist der Schlüsselgedanke des „Montagsforums Europa und der Nationalsozialismus“, das seit dem Frühjahr 2010 Teil des Politikprogramms der Münchner Volkshochschule ist. Das europäische Montagsforum folgt den zerstörerischen Spuren des Nationalsozialismus durch Europa, beleuchtet die Folgen der NS-Politik für die Nachbarn der Deutschen, fragt nach Verfolgung, Widerstand und Kollaboration, schaut auf fortdauernde Bruchstellen im bilateralen Verhältnis, diskutiert über unterschiedliche Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik – und lehnt sich ansonsten hinsichtlich der Konzeption und des Formats eng an das erste Münchner Montagsforum an. Vor allem jedoch: das europäische Montagsforum versucht den Perspektivwechsel. So geht es nicht mehr und nicht allein um den deutschen Blick auf die gemeinsame Geschichte, sondern auch um die italienische, polnische, französische und russischen Perspektive.

Wir sind in Europa noch weit entfernt von einer wahrhaft europäischen Öffentlichkeit. Es fehlen gemeinsame Medien, es fehlen gemeinsame, anerkannte Symbole – es fehlt vieles, nicht zuletzt hinreichende Sprachkenntnisse. Im Augenblick ist Europa auf der einen Seite ein Projekt der politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Eliten – und auf der anderen Seite ein Graswurzelprojekt, vorangetrieben von der polnischen Altenpflegerin und dem türkischen Ingenieur. *Was* Europa aber verbindet, ist eine in vielen Ländern geführte Debatte über europäische Wurzeln, über die gemeinsame und die trennende Geschichte – und hier zuvorderst die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die diesseits und jenseits der nationalen Grenzen noch viele Fragen aufwirft. Der Historiker Jan M. Piskorski bringt es für die polnische Perspektive auf den Punkt: „Wir müssen also geduldig das ‚alte‘ Europa davon überzeugen, dass wir in vielen Fragen eine unterschiedliche Sichtweise haben und dass eine Berücksichtigung dieser Perspektive für die sich herausbildende und für Europa notwendige gemeinsame Erinnerung unabdingbar ist.“ (Piskorski, 2008, S. 93)

Für die kommunale Volkshochschule eröffnet sich hier ein weites Feld, ihrer Aufgabe als öffentliches Forum gerecht zu werden und die lokale Öffentlichkeit mit der europäischen zu verbinden. Das „Montagsforum Europa und der Nationalsozialismus“: bietet einen multiperspektivischen Blick auf den Nationalsozialismus; ist ein Forum für Referentinnen und Referenten aus unseren Nachbarländern; richtet sich gleichermaßen an Deutsche wie an Zuwanderer aus den jeweiligen europäischen Ländern; ermöglicht die Vernetzung und Kooperation mit in München ansässigen ausländischen Kulturinstituten, Konsulaten und Vereinen. Die europäische Perspektive eröffnet damit erstmals auch Migrantinnen und Migranten einen Zugang zum deutschen Zeitgeschichtsdiskurs. „Die Diskussion um kollektive Erinnerung war in Deutschland bisher weitgehend selbstbezüglich, man drehte sich um die eigene nationale Identität, um ein immer noch in nationalen Kategorien beschriebenes Verhältnis zur Geschichte. Dabei ist kaum berücksichtigt worden, dass das Nationale von innen heraus heterogen geworden ist und ohnehin nie homogen war, sondern nur als solches imaginiert wurde. (...) Neuere Ansätze der historisch-politischen Bildung ge-

hen auf die Heterogenität der Zugänge zur NS-Geschichte ein, und ermöglichen, die NS-Geschichte als eine europäische und globale ‚Beziehungsgeschichte‘ zu repräsentieren.“ (Messerschmidt, 2010, S. 39 f.)

Die historische Perspektive macht es möglich, das sonst so spröde Thema Europa in das Programm der politischen Erwachsenenbildung zu integrieren. Die Resonanz des Publikums ist beachtlich. Erstmals scheint es gelungen zu sein, ein Forum zu schaffen, in dem sich Deutsche und Migranten unterschiedlicher Herkunft begegnen, die sich für Fragen der europäischen Zeitgeschichte interessieren. Das Münchner Montagsforum ist der Versuch, lokale Teilöffentlichkeiten für transnationale Diskurse über Erinnerungskulturen zu öffnen.

Die Volkshochschule als öffentliches Forum

Eine demokratische Öffentlichkeit ist keine Selbstverständlichkeit. So lassen sich vielfach Formen der öffentlichen Kommunikation beobachten, in denen die Inhalte medial präformiert und als Folge hiervon an den Rand gedrängt werden. Auch im kommunalen Lebenszusammenhang gibt es nicht die eine, alle Mitglieder der Stadtgesellschaft verbindende Öffentlichkeit. Weder haben alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen am öffentlichen Diskurs teil, noch haben alle relevanten Fragen die gleiche Chance, öffentlich kontrovers diskutiert zu werden. Öffentlichkeiten sind hierarchisiert und segmentiert. Teils bilden sie ein System kommunizierender Röhren, teils schotten sie sich gegeneinander ab. Schließlich sind viele Öffentlichkeiten nichts anderes als fiktive „Mit-Mach“-Öffentlichkeiten, beispielsweise wenn sie im Medium der Talkshow die Bürger symbolisch einschalten, um sie eigentlich auszuschalten.

Die wenigen Beispiele aus dem Programm der Münchner Volkshochschule wollen verdeutlichen, dass es gelingen kann, Politische Erwachsenenbildung als öffentliches Forum und als Kommunikationsform von Öffentlichkeit zu profilieren. Dabei hat das Konzept der Öffentlichkeit eine politisch-demokratische Dimension – möglichst viele sollen erreicht und beteiligt werden – und eine inhaltlich – didaktische Dimension, die in der Behandlung und Verständigung über öffentlich relevante Themen zum Ausdruck kommt. So kann die Politische Erwachsenenbildung in ihrem institutionellen Kern als Träger einer nicht vermachteten Öffentlichkeit begriffen werden, die sich im Unterschied zur Massenkommunikation an der Kommunikationsform face to face geführter Diskurse orientiert. Als ein Ort, an dem Angehörige unterschiedlicher Milieus und Vertreter unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten zusammenkommen, um im Licht konkurrierender Perspektiven und im „freien Spiel von Argumenten“ (Habermas 2008, S. 158) eine reflektierte öffentliche Meinungsbildung mit zu gestalten und herzustellen.

Literatur

Habermas, Jürgen, (2008) Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Ach, Europa, Frankfurt/M.

- Hajak, Stefanie/Zarusky, Jürgen (2008): München und der Nationalsozialismus. Menschen. Orte. Strukturen. Berlin
- Piskorski, Jan M. (2008): Die vielen Gesichter der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, S. 83-94
- Rucht, Dieter (2010): Politische Öffentlichkeit – Alles in Ordnung? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3/2010 (www.fjnsb.org/node/1700)
- Schlögel, Karl (2008): Rede, gehalten im Rahmen der Reihe „doppelgedächtnis: debatten für europa“, am 22.2.2008 (www.kultur-in-europa.de/resources/Rede+Karl+Schl%C3%B6gel.doc)
- Sennett, Richard (2004): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. 14. Aufl., Frankfurt/M.
- Siebert, Horst (1988): Ist die öffentliche Erwachsenenbildung in Gefahr? In: Brödel, Rainer (Hrsg.): Öffentliche Erwachsenenbildung – Studium und Beruf. Hannover, S. 16-32
- Wingert, Lutz (2010): Bürgerschaft und Marktwirtschaft – Oder was ist eigentlich systemrelevant?, In: Mittelweg 36, 2